

# Wo Schellhorn irrt und wo ihm zuzustimmen ist

**Überlegungen** zur optimistischen Zurückweisung des „Klima-Alarmismus“.

VON GERO VOGEL

Franz Schellhorn ortete am 26. November auf diesen Seiten „Klima-Alarmismus“ bei dem UN-Generalsekretär nach dem schiefgegangenen Weltklimagipfel und Defätismus bei der heranwachsenden Generation: Beides sei aber fehl am Platz. Es brauche mehr Zuversicht und Geld für die Erforschung neuer Technologien, z. B. zu „carbon capture“, leistungsfähigere Batterien und neue Kernkraftwerke. Techniker und Forscher würden das schaffen. Und am 14. Dezember 2022 findet man in allen Zeitungen eine Meldung über einen „Durchbruch“ in der Kernfusionsforschung.

Ich freue mich über Schellhorns Optimismus und über Erfolgsmeldungen von der Forschungsfront, gestatte mir aber eine etwas differenziertere Sicht: Mit dem „Raus aus den Fossilien“ wird unser Strombedarf sehr stark steigen, besonders wenn auch im Verkehr stark auf Elektromobilität gesetzt wird. Der Ausbau der Erneuerbaren Wind und Sonne muss verbunden sein mit intensiver Forschung an Speichermöglichkeiten für deren schwankenden Strom. Ein erhoffter Erfolg wird halt noch einige Jahre auf sich warten lassen; bisher ist vieles Wunschdenken, was sich meines Erachtens besonders eklatant an dem Hype um Wasserstoff zeigt. Zu glauben, die klugen Forscher und die erfindungsreichen Techniker kriegen das schon hin, ist aber eine vage Hoffnung. So weit kann ich Schellhorns Optimismus nicht teilen.

Man könnte mehr sparen. Die Verbrennung der in Millionen Jahren angehäuften fossilen Schätze innerhalb weniger Jahrzehnte kann es auf die Dauer nicht sein. Ob „carbon capture“ funktionieren wird oder nicht, ist sekundär.

Die Schellhorn'sche Hoffnung auf neue Kernkraftwerke erscheint mir dagegen realistischer. In der „NZZ“ wird jüngst wiederholt berichtet, dass die Laufzeit der Schweizer Kernkraftwerke auf 60 bis 80 Jahre verlängert werden müsse, um gefährlichem Energie-

mangel vorzubeugen. Bei uns jedoch verwickelt sich die Politik eher in aussichtslose Konflikte mit den Nachbarstaaten: Wieder einmal ist vom Gericht der EU eine Klage Österreichs abgewiesen worden, diesmal eine gegen staatliche Beihilfen für zwei zusätzliche Kernkraftwerksblöcke in Paks südlich von Budapest.

Leider geht es mit der jetzt in den Medien euphorisch beleuchteten Kernfusion nicht so schnell: Auch wenn jüngst wieder ein „Durchbruch“ gelungen sein sollte, so haben wir in den mehr als 70 Jahren, die an der Fusion geforscht wird, gelernt: Es sind dann noch viele Jahre vom wissenschaftlichen bis zum zu erhoffenden wirtschaftlichen Durchbruch.

## An die Urenkel denken

Also doch Kernspaltung. Und die österreichische Umweltministerin reagiert darauf reflexartig. Analysieren wir die Angst der Ministerin: Gewessler sagt nach der Abweisung von Österreichs Klage gegen den Ausbau der ungarischen Kernkraftwerke: „Atomkraft ist nicht sicher“, womit sie vermutlich weniger die Gefahren à la Tschernobyl oder Fukushima meint, eher schon die Endlagerung des radioaktiven Abfalls über sehr lange Zeit, die allen Menschen Sorge macht. Man muss ja an seine Urenkel denken (die allerdings vermutlich andere Sorgen haben werden).

Wenn Tschechien nach Endlagerstätten nahe unserer Grenze in der Böhmisches Masse sucht, sollten wir dies unterstützen: Wie groß würden die Kavernen sein müssen, die den tschechischen Abfall und gegebenenfalls auch unseren aufnehmen? Und welchen Teil des radioaktiven Abfalls? All dies sollte rechtzeitig bedacht, berechnet, erforscht werden. Ich stimme Schellhorn zu: Alarmismus ist fehl am Platz, doch vernünftige Entscheidungen tun not.

**Gero Vogl** (\*1941) studierte Physik an der Universität Wien, habilitierte sich an der TU München. Von 1985 bis 2009 Ordinarius für Physik an der Universität Wien.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

Verfügung. Die Leichtigkeit, mit der die öffentliche Hand mit öffentlichen Mitteln umgeht, erinnert mich sehr an die kuriose Idee, vor dem Lueger-Denkmal auf dem Lueger-Platz ein einstweiliges „architektonisches Kunstwerk“ aus Holzplatten um 100.000 Euro aufzustellen, das nach einem Jahr wieder abgerissen wird, wenn für das Lueger-Denkmal eine endgültige Lösung gefunden sein wird.

Dr. Christian Leydolt, 1020 Wien

## Business as usual in Brüssel

Zum Korruptionsskandal im EU-Parlament  
1,5 Millionen Euro für das Lobbying im Interesse eines Wüstenstaats – dieser Skandal rüttelt an der Glaubwürdigkeit des europäischen Parlaments. Die Parlamentspräsidentin ist angemessen entsetzt, verspricht lückenlose Aufklärung und die baldige Vorstellung eines umfangreichen Reformpakets. Der Direktor des Brüsseler Büros von Transparency International und

andere Insider halten diesen Vorgang für einen von vielen – „Business as usual“ in Brüssel! Nachdem in absehbarer Zeit mit der Abschaffung/Limitierung des Bargelds zu rechnen ist, stellt sich das Problem, wie dann Bestechungen angemessen gelohnt werden sollen? Goldbarren sind schwer, Diamanten nicht leicht anonym zu verkaufen – aber wo ein Wille ist, da findet sich auch ein Weg!

Helmut Hintner, 5020 Salzburg

## Armin Wolf interviewt Robert Ziegler

„... Ein Sittengemälde in Blau-Gelb“, LA von Oliver Pink, 17. 12. Jedem, der des Öfteren ORF-„Niederösterreich heute“ schaut, ist bewusst, dass diese „Nachrichtensendung“ eine Belangsendung der ÖVP, insb. der ÖVP NÖ, ist. Und das schon seit Langem. Mindestens aber seit Pröll/Gollner. Dass sich das auch in Zukunft nicht ändern wird, davon kann man ausgehen. Die Landesfürsten werden es sich nicht neh-

## QUERGESCHRIEBEN

VON ANDREA SCHURIAN



# Wenn eine „Weihnachtsperson“ die Gaben bringt

Sprache verändert sich kontinuierlich – im täglichen Gebrauch, nicht durch teilweise ziemlich skurrile Wortakrobatik in Politbüros.

Und? Abgesehen davon, dass Sie hoffentlich eh schon Ihre kaijangekrainerte Begrüßungsformel eingeübt haben, damit Ihnen zumindest in Wien kein peinliches „Grüß Gott“ über die Lippen kommt: Haben Sie Ihren gendersensibilisierten Wortschatz schon auf Hochglanz poliert? Leider ließ ja Kärntens Landeshauptmann, Peter Kaiser, das als Gender-Wörterbuch maskierte Kabarettprogramm seiner Landesrätin Sara Schaar in der Versenkung verschwinden. Das ist schade. Denn angesichts von Corona, Krieg, Klimawandel, Inflation, in den Himmel schießenden Heizkosten, unappetitlichen U-Ausschusswaren, derb-dreisten Chats sowie Korruption in Österreich und im EU-Parlament gibt es wenig zu lachen. Zudem sind obrigkeitstaatliche Sprachnormierungen seit der Nazi-Zeit zumindest in unseren Breiten aus der Mode gekommen. Dass es nicht geben darf, demonstriert ja Putin mit seinem Befehl, „Krieg“ durch das euphemistische Vokabel „Spezialoperation“ zu substituieren.

Wie die feministische Historikerin Joan W. Scott schreibt, gibt es keine Wirklichkeit außerhalb der Sprache. Tatsächlich steigt vor dem inneren Auge instant das Bild einer kommunistischen Kolchose auf, wenn das Kärntner Gender-Wörterbuch aus Bauer und Bäuerin „landwirtschaftliche Beschäftigte“ macht. Schaars Plansprache erinnert frappant an zentralamtlich verordneten DDR-Polit-Neusprech, der die Mauer zum „antifaschistischen Schutzwall“ stilisierte, mit „Bedarfsunterdeckung“ Fehlleistungen umschrieb und den Müller zum „Facharbeiter für die Be- und Verarbeitung von Körnern und Hülsenfrüchten“ umbenannte. In Kärnten sollen Polizist und Polizistin künftig als „Polizeikraft“ tituliert werden, der/die Beamte als „beamtete Person“, der Gast als „Besuchsperson“ und der Fahrgast als „eine gegen Entgelt transportierte Person“. Wobei sich nicht so ganz erschließt, warum der Gast pfui, die Person bzw. die Kraft aber hui sein soll. Vermutlich ist auch der Mensch bald passé, weil im Zweifelsfall

das grammatisch weibliche offenbar das bessere Geschlecht ist. Natürlich verändert sich Sprache kontinuierlich – im täglichen Gebrauch, nicht durch Wortakrobatik in Politbüros. Wer Sprachdirigismus idiotisch findet, wird gern nach rechts abgeschoben oder von dort selbst vereinnahmt. Wer beides nicht will, schweigt lieber still.

Kärnten lebe im 21. Jahrhundert in Vielfalt, Buntheit, Respekt und Toleranz und stehe für Gleichheit und Chancengerechtigkeit: „Ein Genderleitfaden – der eine Orientierungshilfe für die Verwaltung darstellt – ist Ausdruck dessen und zielt darauf ab, einerseits durch Sprache Bewusstsein zu schaffen, andererseits rechtlich korrekt anzusprechen, z. B. im Falle eines vom VfGH bestätigten dritten Geschlechtes“, erklärten Peter Kaiser und Sara Schaar in etwas holprigem Deutsch. Tatsächlich folgte ein VfGH-Erkenntnis im Juni 2018 dem EGMR, wonach die selbstbestimmte Wahl der Geschlechtsidentität ein fundamentales Menschenrecht ist. Von Wortneuerfindungen oder Unterstrichen war nicht die Rede – es gibt sie nämlich im verbindlichen Regelwerk der deutschen Sprache nicht. Dass aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe oder Religion niemand diskriminiert, herabgewürdigt oder finanziell benachteiligt werden darf, sollte selbstverständlich sein. Insofern könnte man sich im Sinne einer integrativen, inklusiven Sprache des guten, alten Generikums entsinnen, also der geschlechtsneutralen Verwendung femininer oder maskuliner Substantive oder Pronomen.

Die gute Nachricht kommt zum Schluss: Das Weihnachtsengerl muss nicht in „Jahresendflügelfigur“ (©DDR-Sprech) umbenannt werden. Das Christkind darf sein grammatikalisches Geschlecht behalten. Nur der Weihnachtsmann wird schleunigst Richtung Geschlechtergerechtigkeit fluidieren und am 24. 12. seine gabenbringende Tätigkeit als Weihnachtsmensch oder Weihnachtsperson verrichten müssen.

„In Kärnten sollen Polizist und Polizistin als „Polizeikraft“ tituliert werden, der/die Beamte als „beamtete Person“ ...“

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

**Zur Autorin:**  
Dr. Andrea Schurian ist freie Journalistin. Die ehemalige ORF-Moderatorin („Kunststücke“, „ZiB-Kultur“) gestaltete zahlreiche filmische Künstlerporträts und leitete zuletzt neun Jahre das Kulturreisort der Tageszeitung „Der Standard“. Seit Januar 2018 ist sie Chefredakteurin der jüdischen Zeitschrift „NU“.

**Morgen in „Quergeschrieben“:**  
Karl-Peter Schwarz

men lassen, Einfluss zu nehmen, einen für sie genehmen Landesdirektor bestellen zu lassen. Das gilt wahrscheinlich für alle – ob Schwarz oder Rot.

Was kann der ORF dagegen tun, um sich seine Objektivität zu bewahren? Ein Vorschlag: Armin Wolf führt ein Interview in der „ZiB 2“ – mit gewohnt scharfen und provokanten Fragen – mit Robert Ziegler. Aber ich fürchte, das wird ein Programmwunsch sein, der sich nicht erfüllen wird.

Ing. Günter Prirschl, 3380 Pöchlarn

## Einflussnahme? Echt jetzt?

„Wie die ÖVP, ihren ORF dirigiert“ von Julia Wenzel, 17. 12. Die ÖVP Niederösterreich beeinflusst den ORF? Echt jetzt? Und so etwas ist der „Presse“ eine Meldung wert? Hat es ein Leser noch nicht gewusst? Neu dabei sind nur die Dialoge, die man noch nicht wörtlich kannte.

Zur Beruhigung: Meine Fantasie erlaubt mir, ähnliche Modelle

in anderen Bundesländern für denkbar zu halten. Merke: Die Welt ist immer etwas ärger, als man es sich vorstellen möchte.

Mag. Roberto David Kalmar Lachs, MA, 3413 Oberkirchbach

## Wer dirigiert den ORF?

Wenn Sie täglich das Radio Ö1-„Morgenjournal“ hören, können Sie feststellen, wer den ORF dirigiert. Die Linkslastigkeit und Angriffe auf die ÖVP bei fast allen Themen sind unüberhörbar.

Dr. Peter Angelberger, 1180 Wien

## Den Gebührendschungel durchleuchten

„Netzkosten: Bund trägt Teil der Erhöhung“, 16. 12. Unterschiedlich zu den Energiekosten werden Netzkosten kaum thematisiert, obwohl diese einen erheblichen Teil der Gesamtkostenrechnung ausmachen. Nun springen die Netzbetreiber auf den fahrenden Zug auf und erhöhen diese intransparenten und für

mich zum Teil dubiosen Gebühren, in Wien insgesamt neun Positionen, ganz beträchtlich. Vielleicht findet sich jemand (E-Control, Verbraucherschutz), der sich dieses undurchsichtigen Konstruktions annimmt und den Gebührendschungel durchleuchtet. Es hat den Anschein, die im Besitz der öffentlichen Hand befindlichen und damit von Politikern beherrschten Netzbetreiber hätten unkontrollierten Spielraum.

Gerhard Vaculik, 1180 Wien

## IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.  
Twitter: @media\_wall  
Online: Stefanie Kompatscher  
E-Mail: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)  
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer  
E-Mail: [leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)  
Debatte Online: [diepresse.com/meinung](http://diepresse.com/meinung)  
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.  
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.